

INVESTITIONEN IN KINDER SIND INVESTITIONEN IN SOLIDE STAATSFINANZEN

Zusammenfassung des Gutachtens „Ökonomische Effekte der Deprivation von Kindern und Jugendlichen“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und Empfehlungen durch UNICEF Deutschland

Das Wichtigste in Kürze

Nach der UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht, gesund und geschützt aufzuwachsen, seine Fähigkeiten zu entfalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Das Gutachten „Ökonomische Effekte der Deprivation von Kindern und Jugendlichen“ des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag von UNICEF Deutschland ergänzt die kinderrechtliche Perspektive um eine ökonomische Analyse. Es zeigt: Investitionen in ein gutes Aufwachsen zahlen sich auch für die öffentlichen Haushalte in Deutschland aus. Die Berechnungen verdeutlichen, dass ungünstige Lebensbedingungen in Kindheit und Jugend langfristig mit niedrigeren Einnahmen für die öffentlichen Haushalte verbunden sind. Je besser es gelingt, allen Kindern gute Entwicklungs- und Teilhabechancen zu eröffnen, desto größer sind die Chancen auf eine gesellschaftlich und auch wirtschaftlich tragfähige Zukunft.

Erstmals wird mit dem IW-Gutachten auf der Basis von Analysen und modellhaften Berechnungen geschätzt, ob und wie sich ein Aufwachsen mit mangelnden Ressourcen, hier gemessen über die kinderspezifische materielle Deprivation, auf die öffentlichen Haushalte auswirkt. Für Kinder, die mit kinderspezifischer materieller Deprivation aufwachsen, gibt es im Haushalt beispielsweise nicht genug Geld für neue Kleidung, altersgerechte Bücher oder Sportvereine. Sie erleben einen Mangel an Teilhabe im Alltag. Die Ergebnisse zeigen, dass eine nachhaltige Haushaltspolitik darauf setzen muss, Kinderarmut zu vermeiden und die Teilhabe aller Kinder zu sichern. Denn Kinder, die depriviert aufwachsen, verlieren nicht nur einen wesentlichen Teil ihrer Perspektive auf eine gute Zukunft. **Bei deprivierten Kindern liegt die Bilanz für die öffentlichen Haushalte über ihren Lebensweg hinweg um 216.500 Euro niedriger als bei nicht deprivierten Kindern – etwa durch geringere Bildungschancen oder auch ungesündere Lebensbedingungen.**

UNICEF Deutschland empfiehlt daher, Kinder und Jugendliche in das Zentrum der Haushaltsplanungen zu stellen. Die aktuell stattfindenden und zukünftigen Reformen sollten insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken, nicht schlechter stellen. Investitionen in Kinder lohnen sich langfristig insbesondere, wenn sie benachteiligte Kinder beim Aufwachsen unterstützen. Öffentliche Mittel für gute Bildung, Kinder- und Jugendhilfe oder Präventionsarbeit sichern das Aufwachsen der Generationen von morgen und sind auch der Grundstein für die längerfristige Sicherung von Wohlstand und Sicherheit.

Das Gutachten „Ökonomische Effekte der Deprivation von Kindern und Jugendlichen“

Der Staat gibt für alle Menschen in Deutschland über den gesamten Lebensverlauf hinweg Geld aus, zum Beispiel für Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten, Universitäten, die gesetzliche Krankenversicherungen oder Leistungen wie das Kindergeld. Zugleich nimmt der Staat auch Geld ein, beispielsweise durch Einkommens- und Konsumsteuern oder Sozialabgaben. Typischerweise erhält der Staat von den Bürgerinnen und Bürgern im Durchschnitt mehr Geld als er für sie ausgegeben hat – Geld, das dann für die Aufgaben des Staates genutzt werden kann. In der Realität ist diese Bilanz jedoch sehr verschieden, wenn man sie über den gesamten Lebensverlauf, von der Kindheit bis ins hohe Alter, betrachtet. Studien von UNICEF haben immer wieder gezeigt, wie sehr sich beispielsweise Kinderarmut und Deprivation (also der fehlende oder eingeschränkte Zugang zu grundlegenden materiellen und sozialen Grundbedarfen) auf die Lebensverläufe von Kindern auswirkt.¹ UNICEF Deutschland hat deshalb beim IW Köln ein Gutachten in Auftrag gegeben, das berechnet, welche wirtschaftlichen Effekte die Deprivation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland hat.

Zur Methodik

Das Gutachten analysiert annahmebasiert typische Lebensläufe von in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern und hinterlegt sie mit den jeweils auftretenden Zahlungsströmen zwischen den Personen und den öffentlichen Haushalten. Im Ergebnis wird damit dargestellt, welche Ausgaben für Kinder im Lebensverlauf für die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie das Kindergeld und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung anfallen. Demgegenüber werden typische Erwerbs- und Einkommensverläufe der jungen Menschen modelliert und berechnet, wie hoch die Steuerzahlungen und Beiträge zur Sozialversicherung sind.

Ein Mangel an Teilhabe wird im Gutachten mit der kinderspezifischen materiellen Deprivation gemessen. In diesem maßgeblich von der europäischen Statistikbehörde Eurostat entwickelten Konzept wird davon ausgegangen, dass ein Kind depriviert ist, wenn es ihm aus finanziellen Gründen an Dingen oder Möglichkeiten fehlt, die es für ein gutes Aufwachsen braucht, beispielsweise neue Kleidung, altersgerechte Bücher oder der Teilnahme an Klassenfahrten.

Wichtig ist: Die Ergebnisse sind Schätzungen, die Rückschlüsse über die Funktionsweise der Ein- und Ausgaben erlauben. Sie sind zugleich von den gewählten Annahmen, den verwendeten Daten und Limitationen der Datenquellen abhängig und können die komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen Deprivation und fiskalischen Bilanzen nur begrenzt abbilden. Jedoch zeigen sie erstmals, welche langfristigen Erträge in welchen Größenordnungen Investitionen in Kinder ermöglichen.

¹ Siehe beispielsweise UNICEF Deutschland (2025): Eine Perspektive für jedes Kind. UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025. www.unicef.de/unicef-bericht-2025

Ergebnisse

Das Gutachten und der begleitend veröffentlichte, ausführlichere Report² kommen zu dem Ergebnis, dass die öffentlichen Haushalte pro Kind (in Preisen des Jahres 2025) über den gesamten Lebensverlauf hinweg im **Durchschnitt Ausgaben von 1.150.800 Euro** tätigen. Dazu gehören Ausgaben für das Bildungssystem (beispielsweise 292.700 Euro für einen akademischen Bildungsweg), Leistungen der Sozialversicherungen (insbesondere Rentenversicherung) sowie Kindergeld, Elterngeld und Transferleistungen.

Zugleich nimmt der Staat im Lebensverlauf durch die Steuern und Sozialabgaben Geld ein, **pro Kind durchschnittlich 1.452.700 Euro**. Damit hat **jedes Kind im Durchschnitt eine „Fiskalbilanz“**, also die Bilanz der Ausgaben und Einnahmen, von **301.900 Euro**. Das ist der Betrag, den ein Kind durchschnittlich mehr zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte beiträgt, als für es Ausgaben und Mindereinnahmen aufseiten der Eltern für den Staat entstehen.

In den Berechnungen ist bereits berücksichtigt, dass bei den Eltern aufgrund der Erziehung der Kinder weniger Einzahlungen in Steuern und Sozialversicherungen entstehen.

Diese Bilanz **unterscheidet sich stark nach dem Lebensverlauf** der Kinder. Kinder, die es schaffen, gesund und beruflich erfolgreich ihr Leben zu gestalten, haben eine andere Fiskalbilanz als Kinder, die mit Krankheiten kämpfen und Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben. Das liegt daran, dass sie beispielsweise unterschiedlich hohe Einkommenssteuern zahlen sowie unterschiedlich hohe Summen aus der Krankenversicherung oder aus Transferleistungen beziehen.

Bildungsweg

Ein Kind, das einen akademischen **Bildungsweg** absolviert, hat beispielsweise eine überdurchschnittlich hohe Fiskalbilanz von 943.000 Euro. Ein Kind, das ohne berufsqualifizierenden Abschluss bleibt, liegt hingegen bei minus 377.100 Euro. Das heißt, dass der Staat hier über den Lebensverlauf hinweg mehr Geld aufwenden muss, als er einnimmt. Das Erreichen eines beruflichen Abschlusses macht, den Berechnungen zufolge, einen entscheidenden Unterschied. Kinder mit einem **beruflichen Bildungsweg** erreichen durchschnittlich eine Bilanz von 117.600 Euro, also **eine um 494.700 Euro höhere Bilanz** als Kinder ohne beruflichen Abschluss.

Wichtig ist: Für die Bilanz über den Lebensverlauf hinweg sind weniger die Transferleistungen entscheidend, die Menschen insbesondere dann beziehen, wenn sie keinen Abschluss erreichen. Entgegen den Erwartungen investieren die öffentlichen Haushalte in Kinder, die studieren und später erfolgreich im Beruf sind, über den gesamten Lebensverlauf hinweg sogar mehr als in andere Kinder – trotz geringerer Transferleistungen. Das liegt daran, dass diese Kinder mehr Zeit im Bildungssystem verbringen und wesentlich höhere Rentenauszahlungen erlangen. Zugleich zahlen sie nach Abzug der geringeren Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge ihre Eltern jedoch

² Vgl.: Geis-Thöne, Wido (2026): Fiskalische Effekte von Kindern. Neue Berechnungen differenziert nach Bildungswegen. IW-Report 16/26.

im Durchschnitt über Steuern und Sozialabgaben 2.316.100 Euro an den Staat. Bei den Menschen ohne berufsqualifizierenden Abschluss sind es 655.000 Euro und damit 3,5-mal weniger.

Tabelle 1: Fiskalische Gesamtbilanz nach Bildungsweg in Preisen des Jahres 2025

Akademischer Bildungsweg	943.000 €
Beruflicher Bildungsweg	117.600 €
Bildungsweg ohne berufsqualifizierenden Abschluss	-377.100 €
Durchschnitt über alle Bildungswege	301.900 €

Gesundheit

Das Gutachten analysiert auch exemplarisch, wie sich ein ungesunder Lebensstil, hier abgegrenzt als täglicher Konsum von Tabak oder Alkohol, kein regelmäßiger Konsum von Obst und Gemüse oder keine regelmäßigen sportlichen Aktivitäten, im Lebensverlauf auf die öffentlichen Haushalte auswirkt. Ein gesunder Lebenswandel erzeugt für die Haushalte bei einem durchschnittlichen Bildungsweg ein Plus von **130.900 Euro gegenüber einem ungesunden Lebenswandel**. Die Autoren weisen darauf hin, dass dies den Effekt sogar tendenziell unterschätzt, da nicht alle langfristigen Effekte berücksichtigt werden konnten. Das zeigt, dass auch hohe gesundheitsbezogene Ausgaben sich langfristig für die öffentlichen Haushalte lohnen, wenn sie dazu beitragen, dass Menschen gesund aufwachsen.

Ein ähnlicher Effekt zeigt sich auch für **die psychische Gesundheit**. Das Gutachten errechnet einen langfristigen Effekt von Depressionen auf die Erwerbs- und Einkommensverläufe und damit auf die öffentlichen Haushalte mit einem **Minus von 345.500 Euro**. Auch hier zeigen die Ergebnisse, dass sich Ausgaben für staatliche Maßnahmen, die die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen effektiv stärken, langfristig sehr stark rechnen.

Fehlende Teilhabe

Deprivation führt bei Kindern dazu, dass sie eine fehlende Teilhabe ganz konkret im Alltag spüren und ihre Chancen auf ein gutes Aufwachsen in allen genannten Bereichen reduziert sind. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Deprivation zu messen. Im Gutachten wird für die Berechnungen die kinderspezifische materielle Deprivation analysiert, wie sie zum Beispiel auch vom Europäischen Amt für Statistik genutzt wird. Die Auswertungen des IW Köln zeigen, dass von Deprivation betroffene Kinder um rund 18 Prozentpunkte häufiger einen Bildungsweg ohne berufsqualifizierenden Abschluss und um 11 Prozentpunkte seltener einen Bildungsweg mit akademischem Abschluss bestreiten sowie um rund 28 Prozentpunkte häufiger einen ungesunden Lebenswandel führen. Insgesamt schätzt das Gutachten, dass die **Fiskalbilanz für materiell deprivierte Kinder um 216.500 Euro geringer** als für nicht deprivierte Kinder ist.

Deprivation ist bei Kindern damit nicht „nur“ ein Problem für die Kinder selbst. Sie ist ein **Problem für unsere gesamte Gesellschaft, die öffentlichen Haushalte und langfristig für unseren Wohlstand.**

Unabhängig von den methodischen Einschränkungen, die solche Berechnungen haben, unterstreichen die Ergebnisse, dass sich Investitionen in gutes Aufwachsen wie Bildung und Betreuung, Präventionsangebote, Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit oder Angebote zur gezielten Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe langfristig deutlich rechnen – auch wenn sie für sich genommen kurzfristig Kosten verursachen.

Empfehlungen von UNICEF Deutschland

Schlechte Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern sind nicht nur kinderrechtliches, sondern auch ein bedeutendes ökonomisches Problem. Oder anders formuliert: Effektive Maßnahmen für ein besseres Aufwachsen von Kindern rechnen sich. Das zeigt das Gutachten des IW Köln eindrucksvoll. Vor diesem Hintergrund empfiehlt UNICEF Deutschland:

- **Investitionslogik erkennen, weitsichtig planen und die Förderung von Kindern in den Mittelpunkt politischen Handelns stellen:** Gute Rahmenbedingungen für Kinder sind das Fundament für eine positive Zukunft. Wirkungsvolle Maßnahmen für Kinder dürfen deshalb nicht gekürzt werden. Sowohl aus kinderrechtlicher als auch aus ökonomischer Sicht sind Investitionen in Kinder gewinnbringend.
- **Potenzial benachteiligter Kinder fördern:** Die öffentliche Hand sollte Investitionen insbesondere dort tätigen, wo sie wirksam und nachhaltig die besonders benachteiligten Kinder erreichen: in Kita und Grundschule mit einer Ausweitung der „Startchancen“-Programme, aber auch in präventive und unterstützende Maßnahmen außerhalb des Bildungssektors wie etwa die „Frühen Hilfen“ und die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Hier können Investitionen wirkungsvoll Kinder und ihre Potenziale unterstützen.
- **Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen verbessern:** Zu häufig wird wirkungsvolle Politik für Kinder durch Zuständigkeits- und Schnittstellenprobleme verhindert. Gerade bei der Präventionsarbeit müssen Bund, Länder und Kommunen deutlich besser zusammenarbeiten. Wie das geschehen kann, zeigen umfassende Expertisen sowie auf der kommunalen Ebene die Praxiserfahrung der „Kinderfreundlichen Kommunen“. Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ wurden dazu beispielsweise umfassende Empfehlungen erarbeitet, die umgesetzt werden sollten.³
- **Strategie gegen Kinderarmut:** Der Bund sollte ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket zur finanziellen Absicherung von Kindern und Familien vorlegen, Leistungen leichter zugänglich machen und das soziokulturelle Existenzminimum bedarfsgerecht neu berechnen. Vorhaben wie die verbesserte

³ Vgl.: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/familie/nationaler-aktionsplan-kinderchancen>

Auszahlung des Kindergelds helfen, Kinder zu erreichen, die bisher nicht von Leistungen profitieren. Daran anschließend sollten auch geplante Vorhaben wie die Verbesserung der Inanspruchnahme des Kinderzuschlags und Verbesserungen zur Teilhabe von Kindern am gesellschaftlichen Leben umgesetzt werden.

- **Kinderrechte ins Grundgesetz:** Ungleichheit und Ungerechtigkeit für Kinder entsteht auch dadurch, dass Kinder und ihre Bedürfnisse und Rechte in der Gesetzgebung zu wenig berücksichtigt werden. Um das zu ändern, sollten die Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz verankert werden. Dadurch werden die Rechte aller Kinder gestärkt und ihr Schutz, ihre Förderung und ihre Beteiligung in Deutschland wirksam und dauerhaft abgesichert.

Kontakt

UNICEF Büro Berlin

Stabsstelle Advocacy, Forschung, Programme in Deutschland

Leitung: Dr. Sebastian Sedlmayr

Fachlicher Ansprechpartner: Jan Braukmann

Schumannstraße 18

10117 Berlin

Tel.: 030-2758079-10

E-Mail: bueroberlin@unicef.de